

Der Richter ohne Kompass

Recht sprechen auf der Grundlage von Paragrafen statt von Menschen

Eine Frau bittet den Richter, ihren Ex-Mann aus ihrem Haus setzen zu lassen. Sie zeigt, dass er sie wiederholt bedroht hat. Sie hat Nachrichten, Fotos, Erklärungen von Nachbarn. Sie hat ein Jahr gebraucht, um den Mut zu sammeln, zum Gericht zu gehen. Der Richter schaut die Unterlagen durch. Er stellt fest, dass sie sich in einem einstweiligen Verfügungsverfahren befindet, dass das Haus auf seinen Namen steht, dass sie kein Eigentumsrecht hat, und dass die vorläufige Maßnahme, die sie beantragt, nicht in die gesetzliche Grundlage passt, wie sie in der Klageschrift formuliert wurde. Er weist die Klage ab. Das Urteil ist technisch korrekt. Die Frau geht nach Hause zurück, zu dem Mann, der sie bedroht.

Das ist kein Randfall. Das ist, wie die Rechtsprechung funktioniert, wenn sie von Menschen zu Paragrafen geglitten ist.

Was Rechtsprechung war

Recht zu sprechen bedeutet von alters her, ein Urteil darüber auszusprechen, was wirklich geschehen ist, wer verantwortlich ist, und was sich ändern muss. Es ist ein moralischer Akt, kein technischer. Er erfordert jemanden, der die Fakten abwägt, die Menschen betrachtet, den Kontext versteht, und dann eine Schlussfolgerung zieht, die dem gerecht wird, was in der Welt vorgefallen ist.

In frühen Rechtssystemen war der Richter ein Ältester, ein Weiser, eine Autorität, die ihre Autorität aus ihrer Fähigkeit schöpfte, zu sehen, was wirklich war. Er war kein Techniker. Er war ein Beurteiler. Er hatte kein Gesetzbuch von fünftausend Seiten — er hatte sein Urteil, seinen Ruf, seine Gemeinschaft, die ihn korrigierte, wenn er zu weit daneben lag.

Dieses System hatte Mängel. Es war nicht konsistent. Es war anfällig für Vorurteile und Willkür. Es war manchmal ungerecht gegenüber denen, die keinen Zugang zum Weisen hatten. Diese Einwände sind real.

Aber das System hatte auch etwas, was dem heutigen fehlt: es konnte sehen, was war. Es konnte auf die Wirklichkeit reagieren, statt auf die Formulierung der Wirklichkeit.

Das kontinentale Recht und die Ausschaltung des Urteils

Die Niederlande arbeiten mit kontinentalem Recht — dem französischen Erbe, den napoleonischen Gesetzbüchern, der Kodifizierung von allem in schriftliche Gesetzgebung. In diesem System ist das Gesetz immer der Ausgangspunkt. Der Richter wendet das Gesetz an. Er interpretiert das Gesetz. Er schlussfolgert vom Gesetz zur Sache. Sein eigenes Urteil — was er fühlt, was er findet, was sein gesunder Menschenverstand ihm sagt — ist in diesem System ein Risikofaktor, kein Instrument.

Das angelsächsische System — das Common Law, das im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten angewandt wird — funktioniert anders. Dort gibt es die Geschworenen aus gewöhnlichen Bürgern, die über die Fakten urteilen. Dort gibt es die Präzedenzwirkung, die bedeutet, dass das, was in konkreten Fällen wirklich entschieden wurde, das Recht bildet, nicht nur das, was in abstrakter Gesetzgebung steht. Dieses System hat auch seine Mängel, und es zu romantisieren hilft niemandem. Aber es hat strukturell mehr Raum für Urteil eingebaut, weil es ursprünglich auf der Frage aufgebaut wurde: Was finden zwölf gewöhnliche Menschen, was geschehen ist und wer verantwortlich ist?

Das kontinentale System ist auf einer anderen Frage aufgebaut: Welches Gesetz ist anwendbar, und wie lautet dieses Gesetz? Wenn die Fakten nicht zum Gesetz passen, ist das Problem nicht das Gesetz, sondern die Formulierung des Anspruchs. Das ist ein fundamental anderes Verhältnis zur Wirklichkeit.

Ich sage nicht, dass Common Law allein selig macht. Ich sage, dass ein System, das das Urteil als zentrales Instrument behandelt, weniger weit von der Wirklichkeit abdriften kann als ein System, das das Gesetz als zentrales Instrument behandelt. Denn die Wirklichkeit korrigiert Urteile — ein schlechtes Urteil wird von der Gemeinschaft nicht akzeptiert. Das Gesetz korrigiert sich selbst nicht. Das steht da, auch wenn es nicht mehr stimmt.

Die Anhäufung verfahrensrechtlicher Anforderungen als Selbstzweck

Wer als gewöhnlicher Bürger einen Rechtsstreit beginnt, beginnt eine Klettertour durch Formalitäten. Es gibt eine Klageschrift, die formalen Anforderungen ge-

nügt. Es gibt Fristen, die strikt eingehalten werden. Es gibt Anforderungen an den Klageantrag — das konkrete Begehren — der juristisch präzise formuliert sein muss. Es gibt Regeln darüber, was ein Beweis ist und was nicht, über welche Dokumente eingereicht werden dürfen, wann das zu geschehen hat, wie Prozessschriften gestaltet werden müssen.

All das ist kein böser Wille des Gerichts. Es ist das System, das im Laufe von Jahrzehnten aufgebaut wurde, um Fairness zu garantieren. Beide Parteien müssen gleiche Chancen haben. Überraschungen in der Verhandlung sind nicht erlaubt. Was in den Unterlagen steht, steht dort; was nicht darin steht, existiert für den Richter nicht.

Das Ergebnis ist ein System, in dem die Wirklichkeit in das Verfahren übersetzt wird, und in dem bei dieser Übersetzung das Wesentliche verloren gehen kann. Ein Mieter, dem die Kündigung droht, obwohl er seine Miete immer gezahlt hat, der aber das falsche Verfahren bei der Einlegung seines Widerspruchs befolgt hat, kann seine Sache aus einem Grund verlieren, der nichts mit der tatsächlichen Situation zu tun hat. Ein Gläubiger, der offensichtlich Recht hat, dessen Gerichtsvollzieher aber einen Verfahrensfehler gemacht hat, steht außen vor.

Und hier ist das Erschütternde: Der Richter weiß manchmal auch selbst, dass das Ergebnis schmerzlich ist. Er ist nicht blind. Er ist nicht dumm. Aber das System verbietet ihm zu sagen: Das ist verfahrensrechtlich falsch, aber inhaltlich ist hier etwas schiefgelaufen, und ich werde es korrigieren. Das darf er nicht. Er ist gebunden. Sein Urteil ist nur innerhalb der Spielräume erlaubt, die das Gesetzbuch ihm gibt.

Der Hoge Raad als Hüter des Verfahrens

Der Hoge Raad ist das höchste Gericht der Niederlande. Er prüft nicht die Fakten — die sind im Prinzip bereits in den Unterinstanzen geklärt. Er prüft das Recht: Wurde das Gesetz korrekt angewandt, wurden die Verfahrensregeln eingehalten, stimmt die juristische Begründung.

Das klingt nach sinnvoller Arbeit. In einem System, in dem Rechtseinheit und Rechtssicherheit Werte sind, ist es auch sinnvolle Arbeit. Das Problem ist, wenn der Hoge Raad zum Hüter des Verfahrens über den Inhalt wird — wenn ein offensichtlich ungerechtes Ergebnis aufrechterhalten bleibt, weil die juristische Begründung dafür technisch korrekt war.

Es gibt Urteile des Hoge Raad, die juristisch tadellos sind und inhaltlich verblüffend. Fälle, in denen ein Unternehmen für einen Schaden verantwortlich ist, den

es verursacht hat, aber nicht haftbar ist, weil die Haftungslehre im niederländischen Recht ein technisches Element erfordert, das fehlt. Fälle, in denen jemand sein Recht nicht einfordern kann, weil er das falsche Rechtsmittel eingesetzt hat. Fälle, in denen Verjährung die inhaltliche Diskussion blockiert, auch wenn die Verjährung die Folge mangelnder Mittel war, früher zu prozessieren.

Der Hoge Raad hat das Recht, das Gesetz so zu lesen, wie es geschrieben ist. Aber wenn er das auf eine Weise tut, die konsequent Ergebnisse zeitigt, die das Gerechtigkeitsgefühl gewöhnlicher Menschen verletzen, dann hat das Rechtssystem ein Problem, das sich nicht durch präzisere Rechtsprechung lösen lässt.

Recht für den, der es bezahlen kann

Es gibt ein offenes Geheimnis in der juristischen Welt, das selten laut ausgesprochen wird: die Qualität deiner Rechtsberatung bestimmt deine Chance im Gerichtssaal, viel mehr als die Stärke deiner Sache.

Ein Verfahren in den Niederlanden zu führen kostet Geld. Viel Geld. Ein Anwalt in einer Zivilsache kostet hundertfünfzig bis fünfhundert Euro pro Stunde. Ein einfaches Verfahren kostet zehntausend Euro. Ein komplexeres kostet zehntausende oder hunderttausende Euro. Wer Prozesskostenhilfe hat — die subventionierte Rechtsberatung für Geringverdienende — bekommt einen Anwalt, der pro Sache einen festgelegten Betrag erhält, unabhängig von der Komplexität, unabhängig von der Zeit, die es kostet. Dieser Betrag ist zu niedrig. Das weiß jeder.

Das Ergebnis ist, dass die großen Rechtsfälle von denen gewonnen werden, die die besseren Anwälte haben. Das liegt nicht nur daran, dass bessere Anwälte klüger wären — das sind sie manchmal und manchmal nicht. Es liegt daran, dass das Prozessieren selbst ein Handwerk ist. Die Verfahrensregeln kennen, die Formulierungen beherrschen, das Timing der Prozessschritte managen, die ergänzenden Beweismittel fristgerecht einbringen, die richtigen Berufungsrügen formulieren — das ist alles technische Arbeit, die besser gelingt, wenn man sie häufig für Auftraggeber tut, die es bezahlen können.

Ein multinationales Unternehmen, das einen Streit mit einem kleinen Lieferanten hat, weiß das. Es weiß, dass der Lieferant seinen Rechtsbeistand nicht jahrelang aufrechterhalten kann. Es weiß, dass ein Vergleich mit Verlust für die kleine Partei besser ist als ein Verfahren bis zum Hoge Raad — denn dazu hat die kleine Partei nicht die Mittel. Es weiß, dass juristische Verfahren manchmal nicht eingesetzt werden, um Recht zu bekommen, sondern um die Gegenpartei finanziell auszuzehren.

Das ist keine Verschwörungstheorie. Das ist die Beschreibung einer rationalen Strategie, die jeder erfahrene Jurist kennt.

Die Juristenkaste und ihr Interesse an Komplexität

Es gibt in den Niederlanden eine Klasse von Menschen, deren Existenz von der Komplexität des Rechtssystems abhängt. Anwälte, Notare, Prozessvertreter, Mediatoren, Rechtsberater, Gerichtssachverständige, Compliance-Officer, juristische Politikberater. Alles Menschen, deren Einkommen direkt mit der Schwierigkeit des Systems zusammenhängt, das sie bedienen.

Das ist nicht per se böser Wille. Ein Anwalt, der aufrichtig an die Bedeutung des Rechtsschutzes glaubt, kann gleichzeitig strukturell von einem System profitieren, das so komplex ist, dass niemand ohne ihn hindurchkommt. Diese beiden Dinge schließen einander nicht aus.

Aber es bedeutet, dass die Juristenkaste als Berufsgruppe keinerlei Interesse an einer Vereinfachung des Rechts hat. Jede Vereinfachung — jedes Verfahren, das kürzer wird, jede Regel, die einfacher wird, jeder Streit, der ohne Anwalt beigelegt werden kann — ist für jemanden in dieser Kaste ein Arbeitsverlust. Das gemeinsame Interesse der Kaste liegt bei mehr Recht, nicht weniger. Bei mehr Verfahren, nicht weniger. Bei mehr Komplexität, nicht weniger.

Und die Kaste schreibt an den Gesetzen mit. Anwälte sitzen in Kommissionen, die Gesetzgebung entwerfen. Juristen schreiben die Gesetzesbegründungen. Richter geben Empfehlungen zur Rechtsentwicklung. Die Menschen, die am meisten von der Komplexität profitieren, haben auch den meisten Einfluss auf den Grad der Komplexität. Das ist nicht illegitim — niemand sonst hat die Expertise. Aber es ist eine Struktur, die sich selbst aufrecht erhält, die systematisch in Richtung mehr Komplexität drängt, und in der selten eine Stimme sagt: Lassen wir das einfacher machen.

Was mit dem Vertrauen in den Rechtsstaat geschieht

Wenn Menschen das Gefühl haben, dass das Recht für die Reichen ist, ist das keine Naivität und kein Populismus. Es ist eine Beobachtung, die stimmt. Nicht vollständig, nicht immer, nicht überall — aber ausreichend, um das Gefühl zu rechtefertigen.

Und dieses Gefühl tut der Gesellschaft etwas an. Menschen, die nicht glauben, dass sie Recht bekommen können, fangen an, das Recht zu meiden. Sie lösen

Konflikte selbst. Sie zahlen lieber ab, als zu prozessieren, auch wenn sie Recht haben. Sie akzeptieren Unrecht, das sie hätten anfechten können, weil sie wissen, dass Anfechten zehntausende Euro kostet und Jahre ihres Lebens.

Dieses Misstrauen ist nicht nur ein Gefühl. Es hat Verhaltenskonsequenzen. Es führt zur Unternutzung von Rechtsschutz durch die, die ihn am dringendsten brauchen, und zur Übernutzung durch die, die die Verfahren kennen und die Mittel haben, sie einzusetzen.

Es führt auch zu etwas anderem: zu Menschen, die den Rechtsstaat nicht mehr als ihr System erleben. Die das Gesetz als etwas betrachten, das für andere gilt, nicht für sie. Die beginnen, außerhalb des Systems zu denken, weil das System sie aus verfahrensrechtlichen Gründen hat ersticken lassen, während ihr inhaltliches Recht für jeden im Saal sichtbar war, einschließlich des Richters, der das Urteil fällte.

Ein Rechtsstaat lebt auf der Überzeugung, dass das Gesetz für alle gilt und dass jeder Recht bekommen kann. Wenn diese Überzeugung erodiert — nicht durch Angriffe von außen, sondern durch das System selbst, das strukturell Ergebnisse produziert, die das Gerechtigkeitsgefühl verletzen — ist das eine Bedrohung der Rechtsordnung, die kein Terroranschlag und kein Aufruhr ebenbürtig wäre. Es ist eine stille Erosion, die nicht auf einen Schlag kaputtmacht, sondern langsam auswringt, was eine Gesellschaft zusammenhält.

Was ein Richter wagen sollte

Der Richter, der der Frau gegenüber sitzt, die ihr Haus verlassen will — dieser Richter weiß auch, was vorgeht. Er ist auch Mensch. Er hat auch ein Urgefühl. Das sagt ihm: Hier stimmt etwas nicht, hier ist jemand in Gefahr, hier ist das formale Ergebnis nicht das gerechte Ergebnis.

Aber seine Ausbildung hat ihm beigebracht, seinem Urgefühl zu misstrauen. Seine Beurteilung muss nachvollziehbar sein. Seine Begründung muss juristisch folgerichtig sein. Sein Urteil muss in der Berufungsinstanz standhalten. Wenn er seinem Gefühl folgt und es ist anfechtbar, dann ist sein Urteil fehlerhaft. Dann ist er kein guter Richter.

So hat er gelernt, dass gutes Richtertum mit juristisch korrektem Richtertum zusammenfällt, auch wenn das nicht mit gerechtem Richtertum zusammenfällt.

Das ist der Kern der Katastrophe. Nicht dass Richter schlechte Menschen sind. Nicht dass sie das Recht vorsätzlich missbrauchen. Sondern dass das System sie

ausgebildet hat, ihr eigenes Urteil als Problem zu behandeln und das Verfahren als Lösung. Und dass sie jetzt in einem System gefangen sind, das gerechte Ergebnisse mit genau den Instrumenten verhindert, die dazu gedacht waren, sie zu gewährleisten.

Dies ist Ausgabe 4, Artikel 7. Er baut auf der Reihe über das Gesetz der Papier-Industrie (Ausgabe 4, Artikel 1) und den Aufseher, der nichts sieht (Ausgabe 4, Artikel 6) auf. Die Serie erscheint auf openvizier.org.